Außer der Reihe

Carlos Prieto Rodriguez

Der Geschlechterstreit in der Geschichte der spanischen Moderne¹

Im Laufe der letzten 15 Jahre ist die »Vereinbarkeit von Familie und Beruf« zu einer der in Europa am meisten diskutierten und untersuchten sozialen Fragen geworden. Am deutlichsten zeigt sich dieses Interesse in verschiedenen Gesetzesverordnungen, die die Vereinbarkeit »fördern« sollen. Das diesbezüglich wichtigste Gesetz in Spanien ist das vom 5. November 1999 zur Förderung der Vereinbarkeit für erwerbstätige Personen. In meiner Analyse stütze ich mich hauptsächlich auf dieses Gesetz: Einerseits gehe ich auf die Definitionen des Mannes, der Frau und ihrer Beziehungen ein, die diesem Gesetz zugrunde liegen, und andererseits auf den Stellenwert, der diesen sozialen Beziehungen in der Konstruktion der gegenwärtigen spanischen Gesellschaftsordnung eingeräumt wird. Die Definitionen des Mannes und der Frau in dem Gesetz stützen sich auf ihr Verhältnis zu zwei Tätigkeitsarten, denen man in modernen Gesellschaften einen bedeutenden Wert zuschreibt: Die berufliche Arbeit und die Fürsorge für die Familie. Wenn ich von »Definition« spreche, so möchte ich die Dimension des Normativen unterstreichen, die jede Definition eines Teils der Gesellschaftsordnung impliziert: Indem man ihr »Sein« definiert, definiert man zugleich ihr »Seinsollen«. Übrigens ist es diese Normativitätsdimension, aus der sich am besten erklärt, warum jede solche Definition, so hegemonial sie auch sein mag, zu einem Gegenstand von Debatten, ja von »Streit« wird. Wenn man also sagt, was die Frau ist, was der Mann ist, was die Geschlechter sind und was – alles in allem – der Mensch ist, so heißt das, etwas darüber zu sagen, was sie sein sollen – und sich darüber zu streiten. Damit beziehe ich mich auf die Historikerin Gisela Bock, die in ihrem Buch *Frauen in der europäischen Geschichte* schreibt, sie werde sich auf ein Phänomen konzent-

¹ Anmerkung der Übersetzerin: Dieser Artikel ist zuerst unter dem Titel »La Querelle des sexes dans l'histoire de la modernité espagnole« in der Zeitschrift *Travail, genre et sociétés* (Nr. 17, April 2007) erschienen. In der vorliegenden Übersetzung sind gegenüber dem Original vor allem Fußnoten gekürzt worden.

Der Text entstand im Rahmen eines vom spanischen Bildungsministerium finanzierten Forschungsvorhabens zum Wandel von Arbeitszeitnormen, an dem neben dem Autor die Professoren Ramón Ramos, Javier Callejo, Ricardo Morón und die Doktoranden Pablo Meseguer und Jorge Lago beteiligt waren. Der Autor dankt Amparo Serrano, Paul Bouffartigue, Anne-Marie Daune-Richard und der Redaktion von *Travail, genre et sociétés* für ihre Anmerkungen zu diesem Aufsatz.

rieren, das die Geschichte Europas bestimme, eine *querelle des femmes* oder eine *querelle des sexes*, »eine Debatte über die Frage, was Frauen, Männer, Geschlechter und Menschen überhaupt sind« (Bock 2000, 10). Von ihr übernehme ich auch den Ausdruck »Geschlechterstreit«, mit dem betont wird, dass die Debatte über die Definition der Geschlechter und ihrer Beziehungen niemals aufhört und infolgedessen nicht allein auf *eine* historische Epoche bezogen werden darf.

Jenseits der Vereinbarkeit

Die Frage der Vereinbarkeit, die das spanische Gesetz präzisieren und erleichtern will, reflektiert den aktuellen Geschlechterstreit in Spanien am besten. Das Gesetz stellt Mann und Frau als »erwerbstätige Personen« dar, die ihre gemeinsame – »berufliche« (Arbeit) und »private« (Fürsorge) – Verantwortung in egalitärer Weise teilen sollen. Allerdings ist es schwierig, den Sinn dieser geschlechtlich konnotierten Definitionen vollständig zu begreifen, wenn man nicht auf die Geschichte des Geschlechterstreits eingeht. Dies ist m. E. aus zwei Gründen notwendig: Erstens, weil die konflikthaften Definitionen der Gegenwart stets eine Folge und ein – unabgeschlossenes – Resultat der konflikthaften Definitionen der Vergangenheit sind. Zweitens, weil der Gegensatz zwischen den alten und den neuen Definitionen das beste Mittel ist, um die Gegenwart zu verstehen.

Die Definition des Menschen als arbeitendes Individuum: Eine Geschichte auf zwei Ebenen

Bekanntlich ist eines der bedeutendsten Merkmale der von der liberalen Revolution geprägten Moderne der zentrale Stellenwert der Arbeit und des arbeitenden Menschen für die Gesellschaftsordnung. Den Den Kern der Aufklärung zufolge sollte nämlich Arbeit als (einzige) Tätigkeit, die durch den Markt koordiniert und bezahlt wird, das Mittel zur Vereinigung der (egoistischen) Individuen sein, welche die neue Gesellschaft bilden (Smith 1776; Díez 2001; Prieto 2003).

Die Begriffe des Individuums und der Arbeit hatten dabei im Prinzip einen neutralen Charakter: Kein Gesellschaftsmitglied, ob Mann oder Frau, war ausgeschlossen. Aber dies galt nur prinzipiell, denn die Bürde der (unausweichlichen) gesellschaftlichen Reproduktion wurde den Frauen aufgeladen. Damit waren sowohl ihre Arbeitskapazitäten wie ihre Möglichkeiten als »Arbeiterinnen« und das heißt *de facto* als vollgültige Staatsbürgerinnen anerkannt zu werden, stark eingeschränkt. Diesem ersten (stillschweigenden) Ausschluss der Frauen aus der Arbeitswelt sollten noch weitere folgen.

Die erste Art der (entlohnenden) gewerblichen Tätigkeit, die aus der Definition von Arbeit ausgeschlossen wurde, war die *Heimarbeit*. Es ist bekannt, dass sie in den Anfängen der industriellen Revolution weit verbreitet war; Frauen,

die sich um ihre Kinder kümmern mussten, konnten ihr leicht nachgehen. In Spanien wurde Heimarbeit im Jahre 1900 mit dem Erlass des ersten Arbeitsgesetzes, des Gesetzes über Arbeitsunfälle, ausdrücklich aus der Kategorie »Arbeit« ausgeschlossen. Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen fielen danach nicht mehr unter die Kategorie »Arbeiter«. Dem Wortlaut des Gesetzes zufolge ist ein Arbeiter »jemand, der eine manuelle Tätigkeit gegen Bezahlung außerhalb seines Hauses verrichtet«. Die Formulierung wird in anderen Gesetzestexten der Zeit wieder aufgegriffen. Damit konnte die öffentliche Dimension von Arbeit als das Merkmal hervorgehoben werden, durch das sie im eigentlichen Sinne definiert wird (Martínez Veiga 1995). Theoretisch gesehen war auch der Umstand, dass entlohten produktiven Tätigkeiten, wenn sie zuhause verrichtet wurden, der Charakter wirklicher Arbeit abgesprochen wurde, geschlechtsneutral. Dies führte aber dazu, dass Frauen – vor allem verheiratete Frauen und Mütter – aus der Gruppe der wirklichen Arbeiter ausgeschlossen wurden. Sie waren es – und nicht die Männer –, die den Löwenanteil der bezahlten Tätigkeiten im Haus verrichteten, gleich, ob sie dies für sich selbst oder (als Dienstbotinnen) für andere taten. Der Bericht, den A. San Martín der 1883 von der spanischen Regierung eingesetzten Kommission für Sozialreformen zu diesem Thema vorlegte, belegt deutlich, dass die meisten Tätigkeiten spanischer Frauen zu Ende des 19. Jahrhunderts entweder in ihrem eigenen oder in dem Haushalt anderer verrichtet wurden. Historiker wiederum nehmen an, dass zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Spanien selbst im produzierenden Gewerbe mehr als die Hälfte der beschäftigten Frauen Heimarbeit verrichteten (Nash 1983, 52).

Der nicht ausdrücklich beabsichtigte Ausschluss der Frauen von der »wirklichen« Arbeit ist damit nicht beendet. Die Einführung sozialer und gesetzlicher Normen zu Beginn des 20. Jahrhunderts, wonach der Arbeiter die Voraussetzungen »wirklicher« Arbeit nur dann zuerkannt wurden, wenn sie »gewöhnheitsmäßig« war, ging noch ein Stück weiter. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts war gewöhnheitsmäßige Arbeit in keinem industrialisierten Land – schon gar nicht in Spanien – verbreitet. Der typische Arbeiter war ein Gelegenheitsarbeiter. Freilich setzten weder die Regierungen, noch die (wenigen) Großunternehmen, noch die »Arbeitervereine« (die ersten Gewerkschaften) zu jener Zeit auf diesen Typus von Arbeiter und Arbeit. Sie alle waren an stetiger, gewöhnheitsmäßiger Arbeit und den entsprechenden Arbeitern interessiert. Diese Option wurde klar, als man gegen Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts in Europa und den USA über erste politische Maßnahmen zugunsten von Arbeitslosen nachdachte. Um als Arbeitsloser anerkannt zu werden und von einer (mageren) öffentlichen Zuwendung profitieren zu können, reichte es nicht aus, keine Arbeit zu haben, man musste auch »regelmäßig«, »während eines bestimmten Zeitraums« in einem Unternehmen gearbeitet haben, das heißt, gewöhnheitsmäßig und stetig (Topalov 1996; 2000). Diese bei arbeitenden Männern einigermaßen verbreitete Voraussetzung traf jedoch auf die meisten Frauen

nicht zu – vor allem dann nicht, wenn sie verheiratet und Familienmütter waren. Die ersten beiden spanischen Erlasse zum Schutz gegen »erzwungene Arbeitslosigkeit« (*paro forzoso*) von 1919 und 1931 setzten als Minimum Sozialbeiträge für drei oder sechs Monate und daher eine frühere stabile Beschäftigung in einem Unternehmen voraus.

Wenn die Zentralität bezahlter Arbeit Bestandteil der bürgerlich-liberalen Revolution war und von Anfang an eine deutlich politische Dimension hatte, so wird dies durch ihre Bedeutungszunahme nur bestätigt. Bis zum letzten Drittel des 19. Jahrhunderts war die »theoretische Verherrlichung der Arbeit« (Arendt 1958) tatsächlich eher theoretisch als real. Dennoch hatte sie unbeabsichtigte soziale und politische Folgen:

Auch wenn die Beobachtung der gesellschaftlichen Wirklichkeit Zweifel daran aufkommen lässt, dass die privilegierten Schichten der Arbeit und den Arbeiten tatsächlich den zentralen Platz eingeräumt haben, den das liberale Programm vorsah und versprach, so bleibt doch festzuhalten, dass die Arbeiter – auch wenn es sich fast nur um solche handelte, die Handarbeit verrichteten – es ernst genommen haben. [...] Die Arbeiter bildeten eine kollektive Identität heraus (und organisierten sich), indem sie sich auf diese Art der Sublimierung von Arbeit stützten, sie forderten daher das Recht auf Arbeit an sich, das Recht und seine Umsetzung unter guten Voraussetzungen, das Recht auf ihre Anerkennung als Arbeiter [...]. Die sozialistischen Denker, allen voran Karl Marx, haben ihnen ideologische und gegebenenfalls auch Waffen zu ihrer Organisation geboten, die dafür angemessen waren (Prieto 2000, 27).

So entstand eine neue soziale Frage, die Arbeiterfrage, die zur sozialen Frage par excellence wurde, zur größten politischen Herausforderung, mit der sich die bürgerlich-liberale Ordnung konfrontiert sah. Von den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts bis in die 1970er Jahre wird sie fast den gesamten politischen Schauplatz dominieren; es gibt kaum Raum für andere Fragen (einschließlich der »Frauenfrage«). Die Lösung dieser Frage ist nur möglich, wenn man der Arbeiterklasse – nicht nur auf theoretischer Ebene, sondern nun auch in der gesellschaftlichen Realität – nach und nach die Anerkennung einer gesellschaftlichen Zentralnorm aufzwingt, nämlich die der Arbeitstätigkeit und des Arbeiters, die sie als Bewegung gefordert hatte. Diese politische Operation ist jedoch in Spanien, wie gleichzeitig in allen anderen industrialisierten Ländern, so durchgeführt worden, dass man den Typus des männlichen Arbeiters gewählt hat, der am besten zur Arbeiterbewegung und den reformistischen Standpunkten der Lohnarbeiter passte: Ein Arbeiter, der seine Tätigkeit außerhalb des Hauses und regelmäßig verrichtete.

Die sozialen Regulierungen nach dem Spanischen Bürgerkrieg – oder dem Zweiten Weltkrieg in Europa – folgen einer den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts vergleichbaren sozialen und politischen Logik. Die Figur des Lohnarbeiters, Hauptthema sozialer Schutzmaßnahmen und Rechte, wird in den

entwickelten Gesellschaften zum Hauptbezugspunkt; das Ganze führt zu einer Gliederung des sozialen Raums, die Soziologen wie Robert Castel (1995) »Arbeitnehmergesellschaft« genannt haben. In Spanien wird eine solche gesellschaftliche Konstellation zwischen 1976 und 1982 zwar erst spät, aber sehr schnell erreicht (Prieto 2002). Die Kraftlinien der gesellschaftlichen Regulierung, vermittels derer sich die Ordnung der Arbeitnehmergesellschaft historisch entfaltet, verfestigen gleichzeitig die Zentralität der Arbeitstätigkeit und den Ausschluss der Frauen aus der Arbeitswelt (Esping-Andersen 1999). Auf dem Höhepunkt der Entwicklung in den 1970er Jahren lief die soziale Norm der Arbeitsschutzbestimmungen und des Arbeiterlebens in Spanien wie in anderen europäischen Ländern darauf hinaus, dass man in Vollzeit mit einem unbefristeten Vertrag arbeitete und zwischen 35 und 45 Jahre lang berufstätig sein musste (bis man die volle Anwartschaft auf eine Rente erreicht hatte), übrigens ohne dass der spanische Staat Dienstleistungen gefördert oder vorgesehen hätte, die Kindern oder abhängigen Personen gegolten hätten. Es ging also um eine ganze Reihe von Voraussetzungen, die Frauen nur schwer erfüllen konnten, zumindest soweit man ihnen die Aufgaben vorbehalten hatte, die mit der Mutterschaft und den »Haushaltspflichten« verbunden waren.

Die Arbeiterbewegung und der politische Reformismus haben es geschafft, ihre eigene Konzeption der Arbeit und des Arbeiters durchzusetzen. In dieser Geschichte erscheint die Marginalisierung der Frauen wie eine Art ungewollter Konsequenz. Sozial und politisch standen die Frau und die Geschlechterverhältnisse (der Geschlechterstreit) nicht im Vordergrund. Jedoch ist dies nur ein Teil der Geschichte, da der Geschlechterstreit im Konstitutionsprozess der spanischen Gesellschaft während der gesamten Moderne präsent war. Die Geschichte der Definition von Arbeit kann man nur verstehen, wenn man diesen Streit im Gedächtnis behält.

Die Querelle kommt ins Spiel

Der Geschlechterstreit setzt in Spanien und in Europa natürlich nicht erst mit der Moderne ein. Diskussionen über das Sein und Seinsollen der Frau waren während des *ancien régime* keineswegs zweitrangig. In Spanien hat eine hegemoniale Definition der Frau, des Mannes und ihrer Beziehungen ihren besten Ausdruck im Modell der patriarchalischen Familie gefunden, wie sie in bestimmten literarischen Texten dargestellt und in den Rechtsnormen der Krone von Kastilien kodifiziert wurde. Der literarisch gesehen brillianteste Text wurde 1583 von einem der bekanntesten Vertreter der spanischen Literatur, Fray Luis de León, in einem Werk veröffentlicht, das weit verbreitet und sehr anerkannt war: *La perfecta casada* (Die vollkommene Ehefrau). Ihm zufolge war/sollte die Familie durch folgende Merkmale definiert (sein):

a) Sie entsteht mit der Ehe, die Mann und Frau mehr oder weniger freiwillig eingegangen sind – »mehr« im Falle des ersteren, »weniger« im Falle der letzteren.

b) Ihr absolut vorrangiges Ziel ist die Zeugung.

c) Mit der Familie wird ein hierarchisches Verhältnis zwischen dem Gatten und der Gattin institutionalisiert, das sich durch die natürliche Überlegenheit des Mannes rechtfertigt.

d) Der Frau wird die Aufgabe zugeschrieben, sich um alle Haushaltsbelange zu kümmern, ohne dass sie dadurch gehindert würde, auch außerhalb zu arbeiten, wenn sie es vermag.

e) Dies alles ist Bestandteil der natürlichen Ordnung, die aus dem Willen Gottes hervorgeht.

Die Mutterrolle der Frau trat durch die große Zahl der Geburten pro Frau stärker hervor. Es ist zum Beispiel bekannt, dass verheiratete spanische Frauen im 17. Jahrhundert im Durchschnitt alle zwei Jahre niederkamen (García Vitoria 1995). Während des gesamten *ancien régime* wurden Mann und Frau also als *différente* Wesen begriffen (die Differenz umfasste eine Tätigkeitsverteilung nach Geschlechtern) und als von Natur ungleich. »Die Frau ist dem Manne untertan«, präzierte eine Verordnung der kastilischen Krone.

In der neuen Ordnung wird der Streit in neuen Begriffen gefasst. Nun muss man die beiden Schlüsselkriterien einbeziehen, unter deren Vorzeichen die Konstitution der neuen Gesellschaftsordnung stand: Freiheit und Gleichheit aller Menschen als Individuen. Die beiden von der Französischen Revolution proklamierten Kriterien (zu denen das der Brüderlichkeit hinzukam) wurden 1812 auch in Spanien von einer revolutionären konstituierenden Versammlung aufgegriffen. Diese neuen sozialen Strukturprinzipien mussten die vormoderne Vorstellung über das Verhältnis zwischen Männern und Frauen in Frage stellen. Neue Definitionen des Mannes und der Frau mussten erfunden und neue Praktiken eingeführt werden. Von Beginn an bis zum heutigen Tag wird der gesamte Geschlechterstreit der Moderne um diese Definitionen kreisen, sei es um sie anzufechten oder um sie auf tausenderlei Weise verschieden zu interpretieren.

Stützte sich die ungleiche Beziehung und das Herrschaftsverhältnis zwischen Männern und Frauen in der spanischen Vormoderne auf eine natürliche Differenz, so wurden mit dem Einsetzen der Moderne zwar die Ungleichheit und die Herrschaft in Frage gestellt, nicht aber die Definition der (sozialen) Natur der Frau. Daher wird der Geschlechterstreit der neuen Ordnung darin bestehen, die mögliche Gleichheit und Freiheit der Frauen auf der Grundlage des Unterscheidungsmerkmals der Mutterschaft zu verhandeln. Die neuen Eckpunkte des Geschlechterstreits stellten sich in Frankreich und Spanien ziemlich ähnlich dar. Die spanischen Denker haben wie die französischen heftig debattiert (Pérez Cantó und Mó Romero 2004). Es dauerte allerdings in Spanien wesentlich länger bis sich diese Entwicklung in der Umstrukturierung der sozialen Geschlechterordnung manifestierte. Auch wenn die Notwendigkeit, ein neues gesellschaft-

liches und politisches Regime einzuführen, von den gesellschaftlich dominanten Schichten anerkannt wurde, löste sich die hegemoniale Konzeption der sozialen Geschlechterverhältnisse, die stark von der Macht der katholischen Kirche geprägt war, erst 1875 mit der Restauration auf. Tatsächlich wurde die 1348 erstmals fixierte Rechtsnorm, dass die Frau dem Manne untertan sei, wortwörtlich in die Gesetzessammlung von 1805 wieder aufgenommen. Erst seit der Restauration kommen also andere (liberal-reformistische, anarchistische, sozialistische) kollektive (Gruppen-)Positionen in der Öffentlichkeit zum Vorschein, die den großen Schritt nach vorn vorbereiten, der einige Jahre später in der Zweiten Republik (1931-1936) vollzogen wird.

Auf die Ungleichheit folgt die Differenz

Mit nur geringen Nuancen wurde die Vorstellung vom natürlichen *Unterschied* der Geschlechter von allen ideologischen Strömungen vertreten (Nash 1982, 63-90). In den Schriften von Gregorio Marañón, einem der anerkanntesten liberalen Intellektuellen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Spanien, hat dieses Thema einen elaborierten Ausdruck gefunden. Er schreibt: »In Bezug auf das sexuelle Problem muss sich der Fortschritt der Menschheit nur [...] auf einer immer deutlicheren Unterscheidung der Geschlechter gründen [...], so dass die Männer ganz Mann und die Frauen ganz Frau sind. Deren Befreiung muss sich auf diese Idee ebenso berufen wie das Programm des wahren Feminismus« (Marañón 1927, 93).

Die Differenz stützte sich auf die Identifizierung der Frauen mit der Mutterschaft, die allen ideologischen Strömungen gemeinsam war, von der konservativen und buchstäblich reaktionären katholischen Kirche bis zum Anarchismus, der radikalsten Protestbewegung der Moderne. Federica Montseny, eine der bedeutendsten Anarchistinnen, schrieb 1932: »eine Frau ohne Kinder ist ein Baum ohne Früchte, ein Rosenstock ohne Rosen« (vgl. Nash 1983, 158). Die Mutterschaft implizierte gleichsam als natürliche Extension die Verpflichtung, sich um die Haushaltsangelegenheiten zu kümmern, die als »Familienpflichten« verstanden wurden. Auch in diesem Punkt gab es kaum Unterschiede zwischen den verschiedenen Strömungen. Selbst die wenigen, die sich dafür einsetzten, dass die Frau arbeiten sollte, meinten, sie sollte dies tun, »ohne die Familienpflichten zu vernachlässigen«. Wurde die Frau durch die Mutterschaft und ihre häuslichen Beschäftigungen definiert, so der Mann durch seine Erwerbsarbeit als ökonomischer Familienvorstand (die Norm des Familienlohns taucht etwa gegen Ende des 19. Jahrhunderts auf), ohne dass dies auch nur die geringste Partizipation an den Haushaltspflichten bedeutet hätte. Auf der Ebene sozialer Normen ist die Exklusion des Mannes von häuslichen Tätigkeiten ebenso klar, wie die Inklusion der Frau.

Die ideologischen Übereinstimmungen in Bezug auf die Definition des Mannes und der Frau hören hier auf. Jenseits davon waren die *Unterschiede* offensichtlich. Sie betrafen zwei große Bereiche: den der außerhäuslichen Arbeit der Frau und den ihrer Stellung gegenüber dem Mann als Gleiche oder Untergeordnete. Für die hegemoniale Strömung der Mehrheit schlossen die häuslichen Tätigkeiten der Frau als Ehefrau und Mutter ihre Arbeit in der öffentlichen Sphäre des Marktes aus. Man war außerdem der Meinung, dass ihr Eingreifen in den Arbeitsprozess »antisozial und antiökonomisch« sei (Gaya zit. nach Nash 1983, 305). Der Fall der ersten Spanierin, Maria del Pilar Careaga, die in den 1920er Jahren ein Ingenieurstudium absolviert hatte und daher für ein Arbeitsleben bestimmt zu sein schien, ist in dieser Hinsicht ausgesprochen bezeichnend. Als sie ihr Diplom bekam, wurde sie sehr häufig fotografiert und interviewt, und man stellte sie als feministisches Vorbild dar. Der Grund dafür ist leicht zu begreifen. Nachdem sie ihren Ehrgeiz eingestanden und gesagt hatte, sie würde gerne eine leitende berufliche Position einnehmen, hatte sie nämlich erklärt, die Familie und der Haushalt sollten das ganze Leben einer verheirateten Frau ausfüllen und sie selbst wäre bereit, unter dieser Voraussetzung auf ihre Karriere zu verzichten (Scanlon 1986, 78).

Seit dem Ende des 19. und den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts machten sich zwei weitere Strömungen bemerkbar, die anfänglich sehr minoritär waren: Die Anarchosyndikalisten waren der Ansicht, dass die Frau arbeiten solle, da »die Arbeit das einzige Mittel ist, das ihre Lage als Frau auf das Niveau des Mannes bringen kann und das einzige Mittel, ihre Unabhängigkeit zu behaupten« (*Confederación Nacional del Trabajo*, Gründungskongress von 1910). Die Position der Sozialisten war ziemlich zweideutig. Denn ihre Organisationen – die spanische sozialistische Arbeiterpartei und die allgemeine Arbeitervereinigung – setzten sich zwar dafür ein, Frauen die gleichen Rechte zu geben wie Männern, sie waren aber gleichzeitig der Meinung, die Erwerbsarbeit von Frauen könne für die Männer zu einer harten Konkurrenz werden, mit negativen Folgen insbesondere im Lohnbereich, und man müsse sie vermeiden. Bis zu den Jahren der Zweiten Republik durchdrang die hegemoniale Strömung – trotz der Anarchisten und Sozialisten – die gesamte Gesellschaft, einschließlich der Arbeitermilieus.

Der Umstand, dass die verheirateten Arbeiterfrauen aus wirtschaftlicher Not arbeiten und sich aus moralischer Verpflichtung um das Haus kümmern mussten, hat ihre Lebenslage besonders erschwert. Obwohl sie arbeiteten, waren sie keine wirklichen Arbeiterinnen, da sie es ja gegen die Natur taten, und sie konnten keine guten Mütter und Ehefrauen sein, da sie sich zur Arbeit gezwungen sahen. Die Ironie der Geschichte ist, dass der junge Kapitalismus es auch den Arbeitern nicht ermöglichte, jene soziale Norm zu erreichen, die ihre Geschlechtsidentität definierte. Ihr Lohn, der »Familienlohn«, hätte ausreichend sein müssen, um ihre Frauen von der Arbeit zu befreien und es ihnen zu erlauben, sich ausschließlich mit der Fürsorge für die Familie zu befassen. Dieser Fall trat nicht ein.

Gleichheit und Unterordnung

Das große zweite Kontroversenthema war die Art der Beziehungen – *Gleichheit oder Unterordnung* – zwischen den Geschlechtern, in die sich der Geschlechtsunterschied einschreiben sollte. Dieser Unterschied hatte die Form von Ungleichheit angenommen, zunächst im politischen Raum: Das Wahlrecht wurde den Frauen erst 1931 von der Zweiten Republik zugestanden, während das »allgemeine« Wahlrecht (für Männer) schon 1869 eingeführt worden war. Im Alltagsleben war aber die Norm für das Geschlechterverhältnis im Haushalt und in der Familie wesentlich wichtiger. Für die hegemoniale Strömung, die immer noch von der katholischen Kirche angeführt wurde, sollte die Norm der Tradition entsprechen und musste sich angeblich bloß an die natürlichen Tatsachen halten: Die Geschlechterdifferenz musste sich auf Ungleichheit und Unterordnung reimen. Der Kirche zufolge gefährdeten die Modernisierungstendenzen mit ihrer Feier der Gleichheit und Freiheit aller Menschen die Grundlagen jeder gesellschaftlichen Ordnung, die nicht anders als durch Ungleichheit, männliche Vorherrschaft und die patriarchale Familie geregelt werden konnte. Diese Lehre bestimmte auch die Rechtsprechung noch bis zum Beginn der Zweiten Republik. Ein bürgerliches Gesetzbuch war in Spanien erst spät, nämlich 1889, unter Rückgriff auf den *Code Napoléon* von 1804 eingeführt worden.

Wie schon in der Frage der Arbeit wurden vom reformistischen Liberalismus, vom Sozialismus und vom Anarchismus egalitäre Tendenzen vertreten. Von der Einstellung des liberalen Gregorio Marañón, der vehement die »Gleichheit in der Differenz« in allen Bereichen vertrat, war schon die Rede. Die Position der Anarchisten war wie immer die radikalste (und im Nachhinein auch die modernste und fortschrittlichste). Ihnen zufolge sollte die Institution der (bürgerlichen) Familie einer Ordnung der Geschlechterverhältnisse weichen, die sich auf vollkommener Freiheit und Gleichheit in der »freien Liebe« gründete (vgl. Scanlon 1986, 243). Neben diesen drei Strömungen muss die 1918 gegründete *Asociación Nacional de Mujeres Españolas*, der nationale Verband spanischer Frauen, genannt werden, die erste und wichtigste, von politischen Parteien und Gewerkschaften unabhängige, im eigentlichen Sinne feministische spanische Organisation.

Erst mit der Verfassung der Zweiten Republik wurde 1931 die Gleichstellung der Geschlechter im häuslichen und beruflichen Bereich zumindest gesetzlich anerkannt (vgl. Artikel 43). Unglücklicherweise hat die Zweite Republik mit ihren knapp fünf Jahren nicht so lange überlebt, dass sich ihre Vorgaben auch gesamtgesellschaftlich hätten durchsetzen können. Der Bürgerkrieg von 1936 bis 1939 war auf republikanischer Seite von einer wahren Explosion von Freiheiten aller Art begleitet, und auf der faschistischen Seite kamen die schwärzesten Elemente aus der Tradition des Nationalkatholizismus wieder zum Vorschein, die mindestens bis in die 1960er Jahre Bestand hatten. Auf jeden Fall hat der frankistische Staat nach dem Ende des Bürgerkrieges im Jahre 1939 die gesellschaftliche

Norm der ältesten spanischen Tradition wieder eingeführt: die der Ehefrau und Mutter, die sich ausschließlich häuslichen Pflichten widmet und ihrem Ehemann untergeordnet ist. Er hat sich sogar auf Luis de León als Meisterdenker berufen. Von Anfang an hatte sich der neue Staat zum Ziel gesetzt, »die verheiratete Frau aus der Werkstatt und der Fabrik zu befreien« (Arbeitsgesetz *Fuero del Trabajo*, 1938), damit sie sich ausschließlich um den Haushalt kümmern könne.

Wenn man diesen Verlauf des Geschlechterstreites berücksichtigt, so bekommt die Konstruktion der gesellschaftlichen Zentralstellung des Arbeiters und der Arbeitstätigkeit einen ganz neuen Sinn. Sie erscheint als Antwort auf die größte gesellschaftliche und politische Herausforderung, mit der sich die spanische Gesellschaft – wie alle anderen industrialisierten Gesellschaften – seit dem Ende des 19. Jahrhunderts konfrontiert sah: die soziale Frage, welche die Arbeiterbewegung in politischen Begriffen gestellt hatte. Die Neuformulierung der Gesellschaftsordnung, die daraus folgte, zeigt sehr gut, dass man damals vor der größten Herausforderung des Jahrhunderts stand. Tatsächlich hat die republikanische Verfassung von 1931 Spanien als »eine Republik von Arbeitern aller Schichten« definiert. Selbst der neue Staat, der aus dem militärischen Sieg der Faschisten über die Republik hervorging, hat der Arbeit eine Zentralstellung eingeräumt: »Der Staat rühmt die Arbeit, den fruchtbaren Ausdruck des menschlichen Schöpfergeistes, und er wird sie mit der Kraft des Gesetzes schützen, da er ihr die größte Achtung entgegenbringt« (*Fuero del Trabajo*, 1938).

Wie wir jedoch gesehen haben, geht es auf einer zweiten Ebene gleichzeitig um eine andere Frage: die der Definition des Mannes und der Frau und ihrer Beziehungen. Auf dieser Ebene entzweit sich der als Arbeiter konzipierte Mensch: Der – bezahlte, außerhalb des Hauses regelmäßig tätige – arbeitende Mensch ist nur das männliche Subjekt, das als solches zum »Ernährer« und Familienoberhaupt wird; die Frau dagegen wird durch ihre Eigenschaft als Mutter und untergeordnete Ehefrau definiert, die sich um die häuslichen Obliegenheiten kümmern muss. Wenngleich die Geschlechterverhältnisse in der ersten Moderne unter dem Aspekt der Freiheit und Gleichheit in der Differenz diskutiert worden waren, entfernte sich das Endergebnis doch sehr weit von den proklamierten Zielen. Die praktische Durchsetzung der Freiheit und Gleichheit der Frauen war sehr begrenzt. Die Anerkennung – ja selbst die »Verherrlichung« – der Frauen als Mütter ließ in keiner Weise vermuten, dass man Gleichheit in der Differenz erreichen könne. Damit der Geschlechterstreit einen Vorrang bekommen und die Frage der Freiheit und Gleichheit der Frauen ernst genommen werden konnte, bedurfte es einer Art Gewichtsausgleichs zwischen der sozialen Frage – der Arbeiterbewegung – und der Geschlechterfrage – der Frauenbewegung. Dies trat in Spanien erst in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre ein. Zwanzig Jahre später werden wir dann mitten in der Problematik der »Vereinbarkeit« stecken.

Auf dem Wege zur »Vereinbarkeit«: Die 1990er Jahre

Wenn man einen Sprung von den 1960ern in die Mitte der 1990er Jahre macht, scheint sich (fast) alles verändert zu haben. In den 1950er und 1960er Jahren waren kaum 20 % der Frauen über 15 Jahren erwerbstätig, heute sind es 45 %. Früher arbeiteten Frauen aus Not (die Mehrheit der Arbeiterinnen waren Analphabetinnen) und wenn sie verheiratet waren, brauchten sie dafür eine Erlaubnis des Ehemannes. Heute entscheiden sie selbst darüber, außerdem verfügen mehr als 55 % der erwerbstätigen Frauen über höhere Schulbildung oder Hochschulbildung. Ihr Schicksal war die Ehe und die Mutterschaft: Anfang der 1960er Jahre lag die Geburtenrate bei 2,8. Gegenwärtig sind lediglich 56 % der Frauen über 35 verheiratet und die Geburtenrate ist mit 1,15 die niedrigste in Europa. Die Verfügungsgewalt über das Familienerbe und die *patria potestas* gegenüber den Kindern standen dem Ehemann zu. Die Ehe, hieß es in einem Gesetz von 1961, bedürfe einer Führungsmacht, die qua Natur, Religion und Geschichte dem Ehemann zustände. Heute sind diesbezüglich beide Ehegatten gleichberechtigt.

In den 1950er und 1960er Jahren wurden die sozialen Rechte einer verheirateten Frau aus ihrer Position als Ehefrau abgeleitet. Heute hat sie die gleichen sozialen Rechte wie ihr Mann. [...] Eine so grundlegende Veränderung konnte nicht vonstatten gehen ohne einen Umsturz der hegemonialen Konzeption der Frau, des Mannes und ihrer Beziehungen, ohne ein neues Bezugssystem für die Geschlechterordnung. Die neue Definition wurzelt zwar in der Tradition der bürgerlichen Revolution, gibt aber Freiheit und Gleichheit der Frauen einen vollkommen neuen Inhalt. Am Beginn dieser Erneuerung steht der spanische Feminismus, der gegen Mitte der 1970er Jahre als kraftvolle Bewegung (wieder) entstanden war und sich die »Befreiung« der Frauen (Grau Biosca 2000) zum Ziel gesetzt hatte. Seine Vorstellungen über Gleichheit und Freiheit der Frauen waren nur kurze Zeit radikal und stellten eine Minderheitenposition dar; zwanzig Jahre später sind diese Vorstellungen fast »normal«, auch wenn sie noch immer umstritten sind. Mit Unterstützung der Europäischen Union trägt das Gesetz zur Vereinbarkeit von 1999 zu dieser »Normalisierung« bei. Worin besteht nun die Definition der Frau, des Mannes und der Verhältnisse zwischen beiden, die diesem Gesetz zugrunde liegt?

Nach der Gesetzesbegründung ergeben sich die Problematik der »Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben« sowie die vorgesehenen Maßnahmen, um sie zu ermöglichen, daraus, dass einige allgemeine Strukturprinzipien der Gesellschaftsordnung in der gesellschaftlichen Wirklichkeit Spaniens auf ein neues Phänomen treffen. Die Strukturprinzipien, auf die hier Bezug genommen wird, gehören zu den wesentlichen Strukturprinzipien jeder modernen Gesellschaftsordnung und sie sind explizit in der spanischen Verfassung von 1978 verankert. Es handelt sich um die »Freiheit und Gleichheit der Einzelnen und der Gruppen, in die sie eingebunden sind«, um die »Teilhabe aller Staatsbürger am poli-

tischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben« und »den Schutz der Familie«. Der Gesetzesbegründung zufolge müssen die »Staatsorgane« eingreifen, wenn diese Prinzipien die spanische Gesellschaftsordnung tatsächlich strukturieren sollen. Daher kommt ihnen »die Aufgabe zu, Voraussetzungen zu fördern, um Freiheit und Gleichheit [...] verwirklichen zu können, Hindernisse zu beseitigen, welche die Teilhabe von Staatsbürgern am öffentlichen Leben behindern oder einschränken und den sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Schutz der Familie zu gewährleisten«. Für unser Thema ist freilich besonders bedeutsam, dass diese Prinzipien nicht zufällig aufgegriffen werden, sondern weil eine »der grundlegendsten Veränderungen dieses Jahrhunderts« zustande gekommen sei, nämlich die der »Integration der Frau in die Arbeitswelt«, und weil diese Veränderung eine wirkliche Herausforderung für ihre praktische Umsetzung darstellt. Der Gesetzestext besagt, es sei »notwendig, ein System zu definieren, das den daraus (aus der Integration der Frau in die Arbeitswelt) resultierenden neuen sozialen Beziehungen Rechnung trägt, und eine neue Art der Kooperation und der Verpflichtung zwischen Männern und Frauen, die eine ausgeglichene Verteilung von Verantwortung im Berufs- und Privatleben erlaubt«. Diese ausgeglichene Verteilung von Verantwortung im Berufs- und Privatleben wird im nächsten Absatz »Vereinbarkeit von Arbeit und Familie« genannt. Das Vereinbarkeitsgesetz ist – neben anderen Maßnahmen – ein Schlüsselinstrument des spanischen Staates zur Umsetzung des neuen Systems. Es bringt zum Ausdruck, dass die Verbindung zwischen Familie und Beruf und die ausgeglichene Verteilung von Verantwortung zwischen Männern und Frauen nun keine zweitrangigen und formal privaten Fragen mehr sind, wie dies zuvor der Fall war. Die Herausforderung besteht heute nicht mehr nur im Schutz der Familie, sondern auch in der Freiheit und Gleichheit der Einzelnen und der Gruppen, denen sie sich einfügen, sowie der Teilhabe aller Staatsbürger am politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben. Dies macht aus der Vereinbarkeit eine zentrale soziale Frage.

Das Gesetz unterscheidet zwischen verschiedenen Elementen, die es in gerechter Weise verbinden will, und die in früheren Gesellschaftsmodellen etwas anders kombiniert wurden. Genau genommen zielt es darauf ab, die Normen festzulegen, die eine gerechte und ausgeglichene Verbindung von zwei Tätigkeitsarten (Berufsarbeit und Fürsorge) ermöglichen, welche unter zwei verschiedenen sozialen Rahmenbedingungen (Berufsleben und Familie) ausgeführt werden, von zwei Arten von Subjekten, die durch den Platz definiert werden, den sie in jedem dieser Kontexte einnehmen (Arbeitende im Rahmen des Berufs, Männer-Väter und Frauen-Mütter im Rahmen der Familie); all dies führt zu einer Unterscheidung zwischen dem Subjekt *Arbeiterin-Frau-Mutter* einerseits und dem Subjekt *Arbeiter-Mann-Vater* andererseits.

Wenn man nun die Kombination, die das Gesetz mit diesen Elementen versucht, mit den früheren Modalitäten vergleicht, so fallen folgende springende Punkte auf:

a) Die Arbeit der Frauen ist definitiv zur Normalität geworden, so dass sie als das Grundphänomen gilt, das zu einem Umdenken bezüglich der Verbindung von Arbeit und Familie verpflichtet.

b) Die erste Konsequenz der Normalisierung von Frauenerwerbstätigkeit besteht darin, die private Welt der Familienfürsorge – um die sich ausschließlich Frauen kümmerten – in die Öffentlichkeit zu bringen: Denn wegen dieser Fürsorge und ihr entsprechend wird die Arbeitszeitnorm verändert.

c) Der Umstand, dass die familiäre Fürsorgetätigkeit als eine Angelegenheit von allgemeinem Interesse behandelt wird, ist untrennbar mit einer Neudefinition ihres Sinnes und Inhalts verbunden. In seinen Anfängen hatte das spanische Arbeitsgesetz nur auf die familiäre Fürsorge Rücksicht genommen, die den Neugeborenen während des physiologisch begründeten, gesetzlich zugestandenen Mutterschaftsurlaubs zukam. Man könnte sogar sagen, dass es gar nicht um wirkliche Fürsorge ging, da der Mutterschaftsurlaub, der sie ermöglichte, einer Freistellung bei Krankheit gleichkam. Nach dem Gesetz wird die Definition der Fürsorge nun wesentlich weiter ausgedehnt: Sie erstreckt sich auch auf die Fürsorge für Adoptivkinder und auf die Fürsorge für alle abhängigen Haushaltsangehörigen.

d) Die direkte Zuständigkeit für die Fürsorgetätigkeit betrifft nicht mehr allein die erwerbstätige Frau, selbst wenn sie etwa unmittelbar nach einer Geburt als erste dafür in Frage kommt. Die für die Fürsorge Zuständigen sind die erwerbstätigen Personen – Mann wie Frau –, die Familienverantwortung haben. Das Recht, sich der Fürsorge für die Familie zu widmen, ist der Gesetzesbegründung zufolge zu einem »individuellen Recht der Erwerbstätigen, Männer und Frauen« geworden, einem geschlechtsneutralen Recht also. Dieser Punkt ist wahrscheinlich der innovativste von allen: Auf verschiedenen Stufen haben die Akteure des spanischen Geschlechterstreits sich allerhand mögliche Kombinationen zwischen Typen von Subjekten und Tätigkeitsarten ausgedacht, mit Ausnahme der Zuschreibung von Haushaltstätigkeiten an den Mann. Genau dieser Punkt ist nun aber ein Bestandteil der Norm der »Vereinbarkeit«.

Hinter all diesen Umbrüchen und Neuerungen lässt sich in dem Gesetz von 1999 eine besondere Definition dessen ausmachen »was Frauen, Männer, Geschlechter und Menschen überhaupt sind«. Wenn es sich auch nicht um eine feststehende Definition handelt, so ist sie doch als Tendenz vorhanden, die vor allem die Eckpunkte des Geschlechterstreits verändert. Wenn es einen Gedanken gibt, der den Unterschied zwischen der gegenwärtigen Fassung und früheren Fassungen des Streits verdeutlicht, so ist es der der *vollen Gleichheit* zwischen Männern und Frauen. Einer Gleichheit, welche die Gestalt einer tatsächlichen Gleichheit der Chancen, der Behandlung und der Verantwortung sowohl im Beruf wie in der Familie annimmt und annehmen soll. Hervorgehoben werden muss bei dem Ausdruck »volle Gleichheit« der Begriff »voll«; Gleichheit muss jetzt in ihrer doppelten Bedeutung verstanden werden, das heißt als Gegensatz

sowohl zu Ungleichheit wie zu Differenz. Der Wandel im Verhältnis zur ersten Moderne ist deutlich. Wie wir gesehen haben, war der Gegenstand des Streits damals die Gleichheit in der Differenz. Ein Konflikt zwischen den die Verbindung von Beruf und Familie umfassenden Tätigkeiten und Zeiten war noch nicht einmal der Möglichkeit nach vorhanden: Ob mit oder ohne Gleichheit individueller Rechte waren die Männer für die Arbeit zuständig, während die Frauen sich um Haus und Familie kümmerten. Die Einführung des Kriteriums voller Gleichheit zwischen den Geschlechtern hat einen gänzlich anderen Charakter. Die ausschlaggebende Dimension liegt im Vorhandensein einer gleichen sozialen Identität, die auf dem Wege der Entdifferenzierung erreicht wird.

Die physiologische Mütterlichkeit der Frau, die stets, selbst unter einer egalitären Perspektive, die materielle Grundlage für die Konstruktion einer differenziellen weiblichen Identität abgegeben hat, ist heute nur noch eine Art »Missgeschick«, das keinerlei entscheidende soziale Differenzierung zwischen den Geschlechtern zur Folge hat. Wenn die Frau früher der Mensch häuslicher Fürsorge war, ist sie jetzt der Mensch häuslicher Fürsorge und der Arbeit. Wenn der Mann früher der Mensch der Arbeit war, ist er jetzt der Mensch der Arbeit und der häuslichen Fürsorge.

Als Bezugssystem verschwindet jeder sozial bedeutsame Unterschied zwischen Männern und Frauen; wir haben es mit einer unterschiedslosen Gleichheit zu tun. Da sie Arbeit und Fürsorge, Markt und Familie gegenüber sozial gleichgestellt sind, müssen Männer und Frauen als Gleiche anerkannt werden, mit gleichen Rechten, gleichen Pflichten und gleichen Fähigkeiten. Die Entdifferenzierung, von der ich spreche, wird sogar im Titel des Gesetzes erkennbar. Wie oben schon angedeutet, richtet sich die Förderung der »Vereinbarkeit des Berufs- und Familienlebens« nicht an arbeitende Männer oder arbeitende Frauen, sondern an »arbeitende Personen«. Es ist das erste Mal, dass dieser Ausdruck in einem spanischen Gesetzestext verwendet wird, ein Beweis dafür, dass er mit Bedacht gewählt wurde.

Dies ist also der Hintergrund der (normativen) Definitionen der Frau, des Mannes und ihrer Beziehung, die den aktuellen spanischen Erlassen zur »Vereinbarkeit« zugrunde liegen. Das Gesetz hat als solches zahllose Kritiken hervorgerufen, von denen ich die meisten teile. Wenn man zum Beispiel behauptet, wie der Text es nahe legt, eine gerechte und ausgeglichene Teilung der Arbeits- und Fürsorgetätigkeiten zwischen Männern und Frauen könne tatsächlich gefördert werden, indem man den »arbeitenden Personen« ganz einfach Rechte bei der Vereinbarung der Arbeitszeiten zugesteht – häufig ohne jeden Einsatz ökonomischer Ressourcen –, so ist das eine Beleidigung der Vernunft. Zahlreiche Untersuchungen und Studien, die nach 1999 in Spanien über die sozialen Verhältnisse zwischen den Geschlechtern durchgeführt worden sind, belegen, dass sich hinsichtlich der »Vereinbarkeit« kaum etwas geändert hat (vgl. z.B. Torns 2005; Tobio Soler 2002; Maruani 2000). Sie erinnern uns auch an die Verspätung, die

Spanien im Vergleich zum Durchschnitt der europäischen Länder auszeichnet (López López und Valiño Castro 2004). Der Inhalt des Gesetzes aber stützt sich auf die neuen Begriffe (und enthüllt sie zugleich), in denen heute in Spanien der Geschlechterstreit öffentlich formuliert wird: »Die (tatsächliche) Freiheit und Gleichheit der Einzelnen und der Gruppen, in die sie eingebunden sind« und die »(tatsächliche) Teilhabe aller Staatsbürger am politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben« sind nur dann möglich, wenn Männer und Frauen Arbeit und Fürsorge in »unterschiedsloser Gleichheit« miteinander teilen. Es sei hinzugefügt, dass die im Allgemeinen sehr kritische Perspektive zahlreicher Untersuchungen, die sich mit der Wirklichkeit der sozialen Verhältnisse zwischen den Geschlechtern in unserem Land befassen, nur im Rahmen dieses Bezugssystems verständlich ist: Wenn dabei Differenzen entdeckt und als ungerechtfertigte Ungleichheiten interpretiert werden, dann ist das darauf zurückzuführen, dass sie von der (normativen) Definition des Mannes, der Frauen und ihrer Beziehung, die hier dargestellt wurde, abweichen. Gleichzeitig ist der Abstand zwischen dieser Wirklichkeit und der hegemonialen (oder doch zumindest politisch korrekten) Definition der Geschlechterverhältnisse nicht nur ein Indikator für die Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern, sondern auch für das Vorhandensein anderer Definitionen, die sie in Frage stellen. So setzt sich der Geschlechterstreit fort, möglicherweise heftiger denn je.

Aus dem Französischen von Regine Othmer

Literatur

- Arendt Hannah (1958): *The Human Condition*. Chicago.
- Bock, Gisela (2000): *Frauen in der europäischen Geschichte*. München 2000.
- Ballester Pastor, María Amparo (2000): *La Ley 39/1999 de la conciliación de la vida familiar y laboral*. Valencia.
- Behning, Ute und Serrano Pascual (2001): *Gender Mainstreaming in the European Employment Strategy*. Brüssel.
- Carrasco Cristina (Hrsg.) (2001): *Tiempos, trabajos y género*. Barcelona.
- Carrasquer Soto, Pilar (2002): ¿En los límites de la modernidad? Trabajo y empleo femenino precario en España, in: *Sistema*, Nr. 167, S. 70–95
- Castel, Robert (1995): *Métamorphoses de la question sociale*. Paris.
- Comisión de Reformas Sociales (1985, zuerst 1891): *Reformas sociales. Información oral y escrita publicada de 1889 a 1893*, Faksimilierte Neuauflage, 5 Bde., durchgesehen und mit einer Einführung von S. Castillo. Madrid.
- Daune-Richard, Anne Marie (2004): Les femmes et la société salariale: France, Royaume-Uni, Suède, in: *Travail et Emploi*, Nr. 100, S. 69–84.
- Díez, Fernando (2001): *Utilidad, deseo y virtud. La formación de la idea moderna del trabajo*. Barcelona.
- Durán, Ma. Angeles (Koord.) (1998): *The future of work in Europe (gendered patterns of time distribution)*. Luxembourg.
- Esping-Andersen, Gostä (1999): *Social Foundations of Postindustrial Economies*. Oxford.

- García Vitoria, Laura (1995): La imagen de la mujer: del Siglo de Oro a las nuevas tecnologías, I *Congreso Internacional sobre la Mujer Española y Latinoamericana en el Mundo*. Madrid, Vortragstext.
- Garrigues Jimenez, Amparo (2004): *La maternidad y su consideración jurídico-laboral y de seguridad social*. Madrid.
- Grau Biosca, Elena (2000): De la emancipación a la liberación y la valoración de la diferencia. El movimiento de mujeres en el Estado Español, in: Duby Georges und Perrot, Michelle, *Historia de las mujeres*. 5. *El siglo XX*. Madrid, S. 736–748.
- Héritier, Françoise (1996): *Masculin/Féminin I. La pensée de la difference*. Paris.
- Héritier, Françoise (2002): *Masculin/Féminin II. Dissoudre la hiérarchie*. Paris.
- López López, María Teresa und Valiño Castro, Angeles (2004): *Conciliación familiar y laboral en la Unión Europea. Valoración de las políticas públicas*. Madrid.
- Marañón, Gregorio (1927): *Tres ensayos sobre la vida sexual*. Madrid.
- Martínez Veiga, Ubaldo (1995): *Mujer, trabajo y domicilio. Los orígenes de la discriminación*. Barcelona.
- Maruani, Margaret (2000): *Travail et emploi des femmes*. Paris.
- Miguel (de) Álvarez, Ana (1999): La sociología olvidada: género y socialización en el desarrollo de la perspectiva sociológica, in: *Política y Sociedad*, Nr. 32, S. 161–172.
- Nash, Mary (1983): *Mujer, familia y trabajo en España, 1875–1936*. Barcelona.
- Perez Cantó, Pilar und Mó Romero, Esperanza (2004): Ilustración, ciudadanía y género: el siglo XVIII español, in: Perez Cantó, Pilar (Hrsg.): *También somos ciudadanas*. Madrid, S. 43–142.
- Prieto, Carlos (2000): Trabajo y orden social: de la nada a la sociedad de empleo (y su crisis), in: *Política y Sociedad*, Nr. 34, S. 19–32.
- Prieto, Carlos (2003): Teoría social del trabajo, in: Giner S. (Hrsg.): *Teoría social moderna*. Barcelona, S. 401–430.
- Quintanilla Navarro, Beatriz (2005): La conciliación de la vida familiar y laboral en el marco jurídico actual, in: *Cuadernos de Relaciones Laborales*, Jg. 1, Nr. 24, S. 95–129.
- Scanlon M., Geraldine (1983): *La polémica feminista en la España contemporánea. 1868–1974*. Madrid.
- Smith, Adam (1776): *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*, dt.: *Untersuchung über Wesen und Ursachen des Reichtums der Völker*. Stuttgart 2005.
- Tobio Soler, Constanza (2002): Conciliación o contradicción: cómo hacen las madres trabajadoras, in: *Revista Española de Investigaciones Sociológicas*, Nr. 97, S. 155–186.
- Topalov, Christian (1996): *Naissance du chômeur. 1880–1910*. Paris.
- Topalov, Christian (2000): La institucionalización del desempleo y la formación de las normas de empleo. Las experiencias francesa y británica (1911–1939), in: *Política y Sociedad*, Nr. 34, S. 33–58.
- Torns, Teresa (2005): De la imposible conciliación a los permanentes malos arreglos, in: *Cuadernos de Relaciones Laborales*, Jg.1, Nr. 24, S. 15–33.
- Torns, Teresa, Borrás, Vicente und Carrasquer, Pilar (2004): La conciliación de la vida laboral y familiar, in: *Sociología del Trabajo*, Nr.50, S. 11–138.